

GÖTTINGER BLÄTTER

03.2018

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

Der „Wohnraumgeber“ Schneider, das Recht und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Eigentlich will er doch nur das Beste für seine Mieter*innen. Und dann machen ihm einige „Rädelsführer“ – gemeint sind Menschen, die sich getraut haben, Kritik an seinen spontanen hochwinterlichen Baumaßnahmen und den damit verbundenen Zumutungen zu äußern – seinen untadeligen Ruf kaputt.

Darauf muss der Menschenfreund reagieren. Vorerst sind es lediglich drei Kündigungen und drei Unterlassungsbegehren mit möglichen strafrechtlichen Geldforderungen u. a. wegen Rufmordes. Er meint, das sei sein gutes Recht. Und vielleicht hat er damit sogar recht, denn Recht und Gerechtigkeit sind nicht unbedingt das selbe Paar Schuhe in einer Klassengesellschaft. Nicht jeder kann sich eine eigene „Rechtsabteilung“ leisten und nicht jeder traut sich zu, eventuelle Prozesskostenrisiken bei schmalem eigenen Portemonnaie einzugehen.

Mein lieber Herr Schneider, was ist denn, wenn aber trotzdem noch nicht alle aufgegeben haben und mundtot sind? Wieviele Kündigungen, wieviele Unterlassungserklärungen und wieviele Strafanzeigen wollen sie denn im Interesse der von Ihnen so hoch geschätzten Mieter*innen noch anstrengen. Da kann ja noch eine Menge Arbeit auf die gute Frau RA Binkenstein zukommen!



„ Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten so weit beendet, daß er seinen Arbeitslohn bar ausgezahlt erhält, so fallen die andern Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw.

KARL MARX / FRIEDRICH ENGELS

Manifest der Kommunistischen Partei

Aber beruhigend für den „Wohnraumgeber“ Schneider könnte u. U. sein zu wissen, dass der eigene Rechtsbeistand auf folgenden anderen Funktionen flankieren könnte – ganz theoretisch natürlich nur, denn das eine hat mit dem anderen ja nichts zu tun in einer Klassengesellschaft –: Vorsitz des Rates der Stadt Göttingen, Stellvertretender Vorsitz im städtischen



Bauausschuss, baupolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Vorstandsmittglied des SPD-Stadtverbandes Göttingen. SPD (= Sozialdemokratische Partei Deutschlands) muß hier vielleicht noch einmal erläuterte werden: Es handelt sich hier um eine ehemalige Arbeiterpartei, zu deren wesentlichen Gründungsdokumenten eigentlich auch das oben zitierte Kommunistische Manifest gehört, ... eigentlich!

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

| | |
|---------------------------|----|
| Der arme Herr Schneider | 1 |
| VVN | 2 |
| FG Cuba | 3 |
| DKP | 4 |
| Grobian | 5 |
| DIE LINKE. Termine | 6 |
| DIE LINKE. Europabüro | 7 |
| Die LINKE. Kreisverband | 8 |
| DIE LINKE. Kreisverband | 9 |
| GöLinke | 10 |
| GöLinke Ratsinfo | 11 |
| Internationaler Frauentag | 12 |

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 04.2018
ist der 17. März.
Auslieferung am 23. März.

Initiative Wohnraumnot!

Liebe Genossinnen und Genossen, wir bitten Euch leerstehende Wohnungen und Häuser mit genauer Postanschrift anzuzeigen. Und zwar am 15.3. und am 16. 3. 2018 an die Telefonnummern 0176 4144 4424 (Dietmar) oder 0163 265 3060 (Thomas). Zum einen soll die Öffentlichkeit mit den exakten Daten über den zum Teil skandalösen Leerstand informiert werden, zum andern möchten wir auch kommunale Entscheidungsträger und die Stadtverwaltung damit konfrontieren. Sämtliche ermittelten Adressen werden natürlich unseren Stadt- und Ortsräten weitergeleitet. Dank für Eure Mithilfe!

Weitere Infos zum Fall Zimmermannstraße hier:

<http://www.goest.de/zimmermannstrasse.htm>



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Konstantin Wecker und „Wissenschaft & Frieden“ erhalten Göttinger Friedenspreis 2018

Der Göttinger Friedenspreis geht dieses Jahr zu gleichen Teilen an den linken Liedermacher Konstantin Wecker aus München und an die Redaktion der Zeitschrift *Wissenschaft & Frieden (W&F)* in Bonn. Der mit jeweils 2.500 Euro dotierte Preis wird in diesem Jahr zum 20. Mal verliehen. Die öffentliche Veranstaltung beginnt am Sonnabend, 10. März 2018, um 11 Uhr in der Aula am Wilhelmsplatz.

Konstantin Wecker hat sich während seiner künstlerischen Karriere stets auch politisch engagiert und sich in vielen Liedern mit dem politischen Tagesgeschehen auseinandergesetzt. Er gibt Konzerte gegen rechte Gewalt

und Rassismus und engagiert sich in der Flüchtlingshilfe und der Friedensbewegung. Darüber hinaus ist er Ehrenvorsitzender der Göttinger Menschenrechtsorganisation „Initiative für eine humane Welt e.V.“, die einen Beitrag zur Entwicklung einer ökologischen, sozialen, demokratischen und friedensfähigen Gesellschaft leisten will.

Wissenschaft & Frieden ist eine interdisziplinäre Wissenschaftszeitschrift für Friedensforschung, Friedenspolitik und die Friedensbewegung. Sie erscheint seit 1983 und berichtet zu friedenspolitischen, militärstrategischen und rüstungstechnischen Fragen aus naturwissenschaftlicher, politikwissenschaftlicher, sozial-

wissenschaftlicher, psychologischer und ethischer Sicht. Ihre Autorinnen und Autoren untersuchen Gewaltursachen und -verhältnisse, beziehen Position zur Verantwortung der Wissenschaft und thematisieren Wege und Möglichkeiten zur zivilen Konfliktlösung, zur Wahrung der Menschenrechte und zur Zukunftssicherung.

Stifter des Göttinger Friedenspreises ist der 1997 verstorbene Göttinger Wissenschaftsjournalist Dr. Roland Röhl. Röhl hatte sich als Journalist vor allem mit Fragen der Sicherheitspolitik sowie der Konflikt- und Friedensforschung beschäftigt und in seinem Testament verfügt, dass sein Nachlass zur Bildung eines Stiftungsvermögens verwendet wird.

► Fritz Bauers Reden auf DVD

Eine DVD mit Gesprächen, Interviews und Reden aus Fernseharchiven von 1961 bis 1968 erinnert an den hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Der Initiator der Frankfurter Auschwitzprozesse von 1963 bis 1965 war aufrechter Sozialdemokrat, Antifaschist, zurückgekehrter Emigrant und ein kluger Jurist, der sich für ein demokratisches Deutschland ebenso leidenschaftlich einsetzte, wie für die gründliche Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen und gegen die Schlussstrichmentalität seiner Zeit. Trotz großer Anfeindungen aus dem bundesdeutschen Justizapparat sowie Todesdrohungen aus dem faschistischen und rechtskonservativen Spektrum setzte Bauer sich zur Aufgabe, dass sich das Unheil in Deutschland nicht wiederhole und dass dem Faschismus in all seinen drohenden Erscheinungsweisen entgegengearbeitet werde. Bekannt ist Bauer als Initiator des Auschwitzprozesses, in dem 22 ehemalige SS-Angehörige des KZ Auschwitz überwiegend zu langen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. 1952 machte er dem ehemaligen Wehrmachts-

general Ernst Remer den Prozess, der den Hitlerattentäter Claus Schenk Graf von Stauffenberg als „Landesverräter“ bezeichnete. Remer war Gallionsfigur der 1949 gegründeten NSDAP-Nachfolgeorganisation Sozialistische Reichspartei, die mit ihrem Programm zur „Lösung der Judenfrage“ in Niedersachsen 1951 immerhin elf Prozent der Stimmen erhielt.

Fritz Bauer setzte sich für die Eröffnung des letztlich gescheiterten Verfahrens gegen den Kommentator der Nazi-Rassegesetze und Kanzleramtschef Hans Globke ein und plante ein Verfahren gegen Nazi-Juristen, das allerdings nach seinem Tod 1968 recht bald eingestellt wurde. Erstmals wurde die BRD-Bevölkerung durch sein Wirken mit den Verbrechen der Nazis in einer öffentlichen Diskussion konfrontiert, die zuvor lange Zeit als alliierte Propaganda abgetan worden waren. Weniger bekannt ist aber, dass Bauer sich nicht nur zu den Nazi-Prozessen in zahlreichen Reden, Aufsätzen und Interviews in Radio und Fernsehen äußerte, sondern

sich auch mit Geschichtsleugnung und Rechtsradikalismus auseinandersetzte

Fritz Bauer Institut (Hrsg.): Fritz Bauer. Gespräche, Interviews und Reden aus den Fernseharchiven 1961-1968. Absolut MEDIEN, 2 DVDs, 298 Min., 19,90 EUR, www.absolutmedien.de

Bilanz 2017:

Mehr als vier Angriffe pro Tag

Trotz des Rückgangs der Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und auf Geflüchtete im Vergleich zum Vorjahr fanden 2017 im Durchschnitt pro Tag immer noch über vier solcher Straftaten statt. Eine zum Jahresende 2017 veröffentlichte Dokumentation von Pro Asyl und der Amadeu-Antonio-Stiftung listet für 2017 bundesweit 1.713 Straftaten gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte auf. Besonders erschreckend sei in vielen Fällen die Brutalität. 326 tätliche Angriffe erfolgten mit Messern, Schlag- oder Schusswaffen oder mit Faustschlägen. Hinzu kommen 23 Brandanschläge.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Dienstag, 13. März, 20.00 Uhr im Berliner Hof



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Task-Force im Internet gegen Kuba: die gleichen wie immer mit denselben Zielen

Während einer Veranstaltung in Washington wurde die Entscheidung getroffen, zwei Unterausschüsse zu bilden, einen bezüglich der Rolle der Medien und der Informationsfreiheit in Kuba und einen Zweiten, der auf den Zugang zum Internet in Kuba gerichtet ist. Autor: Sergio Alejandro Gómez | internet@granma.cu (leicht gekürzt)

Obwohl das State Department bestrebt ist, seine neue Task-Force im Internet gegen Kuba als ein philanthropisches Projekt hinzustellen, um den Zugang zum Internet in Kuba zu verbessern, verrät die Liste der Teilnehmer am ersten Treffen ihre wahren Absichten.

Wie aus der offiziellen Information hervorgeht, beteiligen sich an der Task-Force das Büro für Übertragungen nach Kuba (OCB), die Agentur der Vereinigten Staaten für Internationale Entwicklung (USAID) und FreedomHouse, eine «nicht regierungsgebundene» Organisation, die vom Interims-Unterstaatssekretär für Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre John S. Creamer angeführt werden.

Die OCB ist Schirmherrin von Radio und TV Martí, zwei Reliquien des Kalten

Krieges, die darauf ausgerichtet sind, feindliche Propaganda herauszugeben und psychologische Operationen gegen Kuba vorzunehmen.

Die USAID wiederum ist der öffentliche Arm der CIA und Geldgeber subversiver Programme gegen Kuba wie ZunZuneo und Commotion, deren Aufdeckung vonseiten der Presse eine Schande für die Behörden der USA wegen ihrer Ineffizienz und der Verletzung internationaler Gesetze war.

Andere bekannte Initiativen zur Untergrabung der Integrität des kubanischen Staates stützten sich auf die Beratung und Befähigung durch FreedomHouse, ein Think Tank mit Sitz in Washington, der seine Beziehungen zu den Nachrichtendiensten der USA nicht allzu sehr verbirgt. ...

Die erste Beratung der Task-Force vollzog sich in einem kleinen Konferenzsaal im



Keller des State Departments, berichtet die Agentur AP. Während dieser Eröffnungsveranstaltung wurde die o.g. Entscheidung bezüglich der zwei Unterausschüsse getroffen.

Es wird hinzugefügt, dass diese Unterausschüsse «innerhalb von sechs Monaten einen vorläufigen Bericht» herausgeben und im Oktober erneut zusammentreten werden, um einen endgültigen Text mit Empfehlungen für Präsident Donald Trump und den Staatssekretär zu erarbeiten.

Wenn wir die Vorgeschichte derer betrachten, die die neue Task-Force der USA gegen Kuba im Internet ausmachen, ist nichts Gutes zu erwarten.

► Freiheit für Ana Belén Montes!

Resolution der Jahreshauptversammlung des Netzwerk Cuba am 3.2.2018 in Essen

Das Netzwerk Cuba- informationsbüro- e.V fordert die Regierung der USA auf, die politische Gefangene Ana Belén Montes sofort aus der Haft zu entlassen und ihr eine angemessene medizinische Versorgung zukommen zu lassen.

Die 1957 in Nürnberg geborene Puerto-ricanerin Ana Belén hatte als hochdekorierte Mitarbeiterin des Militärgeheimdienstes CIA Zugang zu Angriffsszenarien der US-Militärführung gegen Cuba und entschloss sich, diese an die Regierung des sozialistischen Landes weiterzugeben. Zu keinem Zeitpunkt

wurde sie für ihre Unterstützung bezahlt, ihre einzige Motivation waren Frieden und Völkerverständigung. Im September 2001 wurde Ana Belén wegen der „Verschwörung zur Spionage“ zu einer Gefängnisstrafe von 25 Jahren ohne Bewährung verurteilt.

Ana Belén ist in der psychiatrischen Abteilung des Gefängniskrankenhauses Carswell auf dem Marinestützpunkt Fort Worth (Texas) einer Sonderbehandlung unter Isolationshaftbedingungen mit sehr begrenzten Kontaktmöglichkeiten zu Angehörigen und Freunden unterworfen. Auch

wenn ihr jetzt die Begegnung mit anderen meist kriminellen Gefangenen gestattet wird, ist ihr der Zugang zu Computern und Medien weiterhin verwehrt.

Sie sitzt mittlerweile seit 16 Jahren in Haft und ist an Krebs erkrankt, eine angemessene Behandlung wird ihr verweigert. Ana Belén stellt keine Gefahr für die Sicherheit der USA dar.

Ihre Intention, kriegerische Handlungen zwischen den USA und Kuba zu verhindern und zu einer Entspannung beizutragen, entspricht genau dem Tenor der Gespräche, welche zwischen den Präsidenten Barack Obama und Raúl Castro am 17. Dezember 2014 aufgenommen wurden, und wie er von der Weltgemeinschaft gewünscht wird,

(...) weiter auf Seite 5



Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Stellenabbau und Arbeitslosigkeit in Göttingen

Dieser Artikel hat den Zweck, die aktuellen Daten über Stellenabbau und Arbeitslosigkeit darzustellen und so ins Bewusstsein zurück zu holen und sie in weitere Zusammenhänge einzuordnen:

Über die Arbeitslosigkeit bei uns redet kaum noch jemand, höchstens, wenn es um Griechenland, Spanien und Südeuropa allgemein geht, wo immer noch ein hohe Arbeitslosigkeit von über 15% (GR: 21%, SP: 17%) herrscht und Jugendarbeitslosigkeit von über 35% (GR: 41%, SP: 37%) zu verzeichnen ist.

In der Bundesrepublik sinkt die Arbeitslosenquote derzeit. Aktuell beträgt Sie offiziell lediglich 5,8%, bei der Jugendarbeitslosigkeit bei 6,6%. Die Zahlen in Niedersachsen betragen 5,9 % Arbeitslosigkeit, annähernd identisch mit der Bundesquote.

Im Göttinger Raum beträgt die Arbeitslosigkeit 6,2%, auch nur knapp über den bundesdeutschen Durchschnitt. In absoluten Zahlen sind das insgesamt 10.540 Menschen, die hier bei uns erwerbslos sind. Davon sind 7.154 im Bereich des SGB II und die anderen sind im Bereich des SGB III „angesiedelt“, wofür die Arbeitsagentur nicht mehr zuständig ist.

Zusätzlich zu diesen offiziell Erwerbslosen kommt ein Zahl von 13.696 „unterbeschäftigter“ Menschen, die sich u.a. in einer der sog. „Maßnahmen“ befinden. Das ist eine Quote von weiteren

8% der Lohnabhängigen. Zusammen ist das eine Quote von 14,2% im Göttinger Raum; Menschen, die weder offiziell als arbeitslos in der Statistik erfasst werden noch sich in einer „Maßnahme“ befinden, erkrankt sind etc. Für die „Nicht-Unterbeschäftigten“ ist darüber hinaus nicht ausgesagt, ob sie in Teilzeit, Minijob, Leiharbeit oder sog. Werkverträgen stehen.

Aber neben diesen Statistiken soll auch noch dargestellt werden, welcher Stellenabbau in den vergangenen Jahren stattgefunden hat: Die Kollegen bei Bosch Göttingen müssen seit Jahren um ihre Stellen zittern. Im vergangenen Jahr wurde Bosch Göttingen bereits zu Teilen geschlossen. 150 Kollegen wurden entlassen. Noch sind bei Bosch 300 Koll. beschäftigt. Diese sollen bis 2023 nicht betriebsbedingt entlassen werden und bis 2025 nur mit Zustimmung vom Betriebsrat. Dabei waren 2012 bei Bosch noch knapp 700 Menschen beschäftigt, Anfang 2018 sind es nur 300 KollegInnen. Sie sind dies nur mit Zugeständnis durch Verzicht auf Teil ihrer Bezüge und Erhöhung der Arbeitszeit von 35 auf 37,5 Stunden der Woche.

Weitere Opfer von Stellenabbau gibt es bei Novalis mit über 100 Stellen, die bis zum März dieses Jahr entlassen werden sollen. Zum anderen wurde Ende des letzten Jahres SAP Göttingen geschlossen, den 89 dort tätigen KollegInnen wurde ein Weiterbeschäftigungs-

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 03. März, 20:00 Uhr

Der 8. März aus der Perspektive einer Genossin, NN

MV Dienstag, 20. März, 20:00 Uhr

Auswertung des Parteitages

Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).

verhältnis in der Nähe von München angeboten.

ZEISS verlagert aktuell 300 der 570 Stellen von Göttingen nach Jena und Oberkochen. Dabei wurden bei Zeiss bereits im November 2014 75 Stellen abgebaut und zwischen 2015 und 2017 reduzierte sich Zeiss von knapp 700 auf 570.

Darüber hinaus gibt es aktuell Befürchtungen, dass es bei ABB einen Stellenabbau von etwa 100 Stellen in Göttingen geben wird und die Geschichte der Gothaer Versicherungen, die einmal über 1.300 Arbeitsplätze hier in Göttingen hatte, ist allgemein bekannt.

22. Parteitag der DKP

2. – 4. März 2018, Frankfurt/Main

100 Jahre KPD – 50 Jahre DKP

DKP

Deutsche Kommunistische Partei



20. UZ-PRESSEFEST

DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

KONSTANTIN WECKER

ESTHER BEJARANO
& MICROPHONE MAFIA

CALUM BAIRD * KAI DEGENHARDT
KLAUS DER GEIGER * JANE ZAHN
ERICH SCHAFFNER U.V.M.

KLEZMER * PUNK
LIEDERMACHER
RUMBIA * SKA

THEATER * LESUNGEN
FLOHMARKT * KINDERFEST
BÜCHERMARKT * DISKUSSIONEN
AUSSTELLUNGEN * FILME
GRAFIKEN VON DIETER SÜVERKRÜP
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN

DKP
www.dkp.de

7. – 9. September 2018
Revierpark Wischlingen
Dortmund

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

▶ Mieterversammlung Grone

Über 70 GronerInnen nahmen teil – Mieterinitiative verabredet



Viele der 70 MieterInnen der Adler AG hatten bei der am 1. Februar stattgefundenen Mieterversammlung ihre Nebenkostenabrechnungen mitgebracht und fragten um Rat.

Rechtsanwalt Cornelius Blessin, Mieterverein Göttingen gab erste Infos, anschließend wurden vor allem die sehr unterschiedlichen Anliegen, die sich durch die Abrechnungen ergeben hatten, deutlich; zum Beispiel:

- Aufzugskosten ohne Aufzug im Haus 300 % Steigerung bei der Treppenhausebeleuchtung 2015 auf 2016
- 1.400 Euro Heizkostennachzahlung, weil keine Vorauszahlungen vereinbart wurden
- Mietkosten für Wasserzähler, der nicht genutzt wird
- Kosten für Gemeinschaftswaschmaschine, wo keine vorhanden ist

Der Verein IN Grone bezweifelt die Aussagen der ADLER AG, wie sie in einer Tageszeitung verkündet wurden, dass es sich hier nur um den Fehler eines Computers handelt oder nur 169 MieterInnen betroffen seien. Im Gegenteil: Dies ist nun die dritte notdürftige „Erklärung“ der ADLER AG nachdem es zunächst hieß, dass dies Einzelfälle seien; danach, dass es nur einen Häuserblock betreffe. Gegenüber dem Ortsratsmitglied Hendrik Falken-

berg hieß es zunächst sogar, dass da gar nichts zu machen sei, wenn nicht jeder Mieter einzeln Widerspruch einlegt. Das aber bedeutet, so Hendrik Falkenberg, „dass die ADLER AG davon ausgeht, dass 40 bis 60 % der MieterInnen die Abrechnung nicht durchschauen werden und sie den Rest einbehalten können“.

Diese und andere offensichtlichen Widersprüche, die vom Verein IN Grone dokumentiert wurden, müssen nun in der gegründeten Mieterinitiative aufgeklärt werden, die sich nach Redaktionsschluss, am 17.2. erstmalig traf. „Ich habe bereits vor zwei Wochen alle Einzelbelege angefordert aber noch keine Antwort erhalten. Diese gilt es, dann zu prüfen, wenn sie endlich gekommen sind“, so Bärbel Safieh, Mieterin bei der ADLER AG und Mitinitiatorin der Initiative. „Wir hoffen, dass wir Unterstützer finden werden, die uns helfen, die komplexe Materie zu bearbeiten. Wir selbst sind doch alle Laien in diesen Fragen.“

Interessierte können sich melden unter IN-Grone@web.de (IN Grone)

▶ Frühzeitige Beteiligung der BürgerInnen - ohne die betroffenen BürgerInnen

In Grone kam ein neuer Akt der Missachtung der Mieterschaft auf die Bühne:

So lud das Amtsblatt der Stadt Göttingen vom 07.02. für den 13.02. in die Merkwertehalle Grone ein, um die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit an den Bau- und Sanierungsplänen der Adler AG zu gewährleisten. Welche MieterInnen lesen wohl das Amtsblatt?

Die Kritik wies die Stadt verlegen zurück. Man habe irgendwo irgendeinen Aushang gemacht.

Die Vertreter der Adler AG fügten lapidar hinzu, die MieterInnen informiere man bald oder später, wenn die Vorhaben konkreter seien.

Für die Vorhaben der Adler AG muss der Bebauungsplan geändert werden und es soll ein städtebaulicher Vertrag zwischen Konzern und Stadt geschlossen werden. Die Stadt hat schon einmal einen Kooperationsvertrag mit der Adler AG geschlossen, als es um den Leerstand in Grone ging und wurde dabei schlicht über den Tisch gezogen.

Die geplanten 200 Penthouse-Wohnungen für 10,- €/qm sollen solvente MieterInnen anlocken, um den Anteil an LeistungsempfängerInnen zu verringern. Die geplante Erweiterung der Balkons ist weder erwünscht, noch bezahlbar für die BestandsmieterInnen.

Jeder, der in den Adler-Wohnungen lebt, weiß: Der Wohnungsbestand weist

vielfältige Mängel auf. Es müsste also zunächst um eine umfassende Instandsetzung gehen. (bs)

(...) Fortsetzung von Seite 3

Die Jahreshauptversammlung des Netzwerk Cuba verurteilt diese barbarische Haft auf das Schärfste und wird weiter darüber aufklären und dagegen vorgehen. Diese willkürlichen und inhumanen Haftbedingungen gegen Ana Belén werden in den USA auch gegen andere politische Gefangene wie Mumia Abu Jamal und Leonard Peltier praktiziert. Sie verletzen Menschenrechte und die Würde. Das Netzwerk Cuba unterstützt die internationale Bewegung zur Befreiung von Ana Belén, die angeführt wird von Komitees in Puerto Rico und den Vereinigten Staaten.

Und hier die link-Adresse des Komitees in Puerto Rico:

<https://redlatinasinfronteras.wordpress.com/2016/11/20/comite-amigos-puerto-rico-solidaridad-con-ana-belen-montes-presapolitica-en-eeuu/>

Grobian in eigener Sache:

Wir haben einen neuen Treffpunkt: Ab dem 1. März sind wir regelmäßig donnerstags ab 20.00 Uhr zu finden bei der Jona-Gemeinde, die uns freundlicherweise „aufgenommen“ hat: Jonaplatz 6



DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Donnerstag, 15. März 2017, 19 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Straße 73, Göttingen

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Beschluss der Tagesordnung
2. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
3. Nachwahl zum Kreissprecher*innenrat
4. Nachwahl Vertreter/in Landesausschuss
5. Schwerpunkt: Sozialökologischer Umbau – Was soll der Kreisverband tun? (Einführung: Eckhard Fascher)
6. Beteiligung an der Volksinitiative zur Einführung der Vermögenssteuer
7. Berichte: Kommunalpolitik, Ortsverbände und Arbeitsgruppen.
8. Verschiedenes

LINKER Stammtisch

Dienstag, 6. März, 20 Uhr in der Hafenbar Kadenz

Jugendverband [‘solid]

Termine bitte bei solid erfragen (vgl. Adressenspalte)

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Jahreshauptversammlung:

Mittwoch, 11. April 2018, 19:00 Uhr, Saal der Roten Hilfe, Lange-Geismar-Str. 3

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Tagesordnung, Wahl der Versammlungsleitung, Protokoll, Mandatsprüfung
2. Bericht des OSR
3. Wahl des OrtssprecherInnenrates
 - 3.1. Wahl einer Wahl- und Zählkommission,
 - 3.2. Wahl der Liste zur Sicherung der Mindestquotierung,
 - 3.3. Wahl der gemischten Liste
4. Arbeitsplanung des Ortsverbandes
5. Termine / Verschiedenes

OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung

Dienstag, 10. April, 19 Uhr, Alevitischer Kulturverein, Hauptstr. 6, Herzberg

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Termin stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 7. März, 18:00 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

Strömungen

Ökologische Plattform Treffen

Termin bitte bei Eckhard Fascher (vgl. rechte Spalte) erfragen.

Treffen Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Dienstag, 13 März, 17.30 Uhr im Cafe Inti, Burgstr. 17, Göttingen

Veranstaltungen Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Gewerkschaften und Rechtspopulismus mit Joachim Bischoff (Zeitschrift Sozialismus).

Montag, 12. März, 18 Uhr bei VerDi, Groner Tor Str. 32, GÖ

Veranstaltung mit Attac, DGB und VerDi

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Sinan Özen,

E-Mail: linksjugend-goettingen@web.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow

Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club

Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen

IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00

BIC: GENODEF1GOE

DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

Das EU-Rüstungsprogramm:

► Illegale Subventionen für die EU-Rüstungsindustrie

Von Sabine Lösing, MdEP DIE LINKE und Katharina Keil, Praktikantin

Im März wird im Plenum des Europaparlaments über ein massives Subventionsprogramm für Europäische Rüstungsunternehmen abgestimmt. Genauer gesagt stimmen die Abgeordneten über den Kommissionsvorschlag für ein „Europäisches Programm zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich zwecks Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovation in der Verteidigungsindustrie der EU“ (kurz EDIDP), ab. Von 2019-2020 sollen aus Mitteln des EU-Haushalts €500 Millionen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Rüstungsunternehmen bereitgestellt werden. Zugänglich soll diese Förderung für Konsortien aus mehreren Rüstungsunternehmen ansässig in mindestens zwei verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU sein. Die Gesamtkosten in diesen zwei Jahren sind mit €2,59 Milliarden, finanziert von den Mitgliedsstaaten, aber deutlich höher veranschlagt.

Wenn der Kommissionsvorschlag zum EDIDP angenommen ist, bedeutet das einen weiteren entscheidenden Schritt hin zur Militärunion und die weitere Abkehr vom Friedensbekenntnis, das der Union nicht zuletzt den Friedensnobelpreis einbrachte.

Die Kommission führt als Rechtsgrundlage für das Rüstungsprogramm Artikel 173 des Vertrags zur Arbeitsweise der Europäischen Union (EAUV) an, der sie ermächtigt, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie mit EU-Mitteln zu fördern. Basierend auf der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs kritisiert Sabine Lösing, Koordinatorin der linken Fraktion GUE/NGL im Auswärtigen Ausschuss des Europaparlaments (AFET), diese Auslegung als unzulässig. Artikel 173 EAUV steht nämlich Artikel 41(2) des Vertrags über die Europäische Union (EUV) entgegen. Denn, wie die

Kommission auf Nachfrage der Abgeordneten erklärt können nach Artikel 41 Absatz 2 EUV aus dem Unionshaushalt keine Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik finanziert werden. Doch die Tatsache, dass der Kommissionsvorschlag als ein Ziel des EDIDP-Programms die Verbesserung der „strategischen (militärischen) Autonomie der Union“ anführt und der Fakt, dass der Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE) des Europaparlaments anfänglich versucht hatte anstatt des Industrieausschusses (ITRE) federführend tätig zu werden, zeigen, dass das EDIDP rüstungspolitische Bestrebungen beinhaltet und damit in den Bereich der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik fällt. Folgerichtig dürfte das EDIDP nicht aus dem Unionshaushalt finanziert werden.

Politisch ist das EDIDP im Kontext des Großvorhabens, die EU endgültig zur Rüstungsunion aufzubauen, zu sehen. Dem Narrativ von friedlicher und diplomatischer Konfliktlösung im Zeichen der Menschenrechte steht der Realität entgegen: eine tödliche EU-Flüchtlingspolitik und der Wandel zur Militärunion, im Rahmen des „Verteidigungs-Aktionsplans“ und der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO). Kritik wird dabei auch von wissenschaftlichen Sachverständigen geäußert. So erklärte Ben Hayes vom Transnational Institute in einer Anhörung des Industrieausschusses, dass das EDIDP mehr Exporte an brutale Regime ermöglichen werde, wenn, wie momentan abzusehen, keine simultane Verschärfung der Rüstungsexportbestimmungen vorgenommen werde. Weiterhin sei nach den Erfahrungen mit früheren Programmen zur Förderung der Rüstungsindustrie anzunehmen, dass

Europabüro Göttingen

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

es sich um eine „3 Milliarden Euro teure Geldverschwendung“ handele.

Aufgrund der Zweifel an der Legalität des Vorhabens, Waffenentwicklung und Rüstungsforschung aus dem EU-Budget zu finanzieren, und der damit verbundenen Förderung einer todbringenden Industrie und Politik, die mitverantwortlich für Flucht, Zerstörung und Armut ist, fordert die linke Fraktion im Europaparlament GUE/NGL die Ablehnung des Kommissionsvorschlags. Dieser Änderungsantrag wurde jedoch im Auswärtigen Ausschuss (AFET) abgelehnt. Anstatt die EU weiter zu militarisieren sollten die Mittel dazu genutzt werden, um Armut zu bekämpfen, soziale Projekte und zivile Friedensarbeit zu finanzieren und zu fördern.

Auch in der Zivilgesellschaft gibt es Widerstand. Im November 2017 demonstrierten Aktivist*innen der belgischen NGO Vredesactie vor dem Europaparlament gegen das EU-Rüstungsvorhaben. Mitglieder des Europäischen Netzwerks gegen Waffenhandel (ENAA) übergaben im Januar 2018 über 140 000 Unterschriften gegen die Verwendung von EU-Geldern für die Waffenindustrie an Abgeordnete des Europaparlaments. Auch über das „Ihre Meinung zählt“-Instrument, das Bürger*innen ermöglichte, ihre Meinung zum EU-Rüstungsprogramm EDIDP bei der Kommission kundzutun, wurde deutlich, dass eine militarisierte EU, entgegen anderweitiger Erklärungen, eben nicht dem Wunsch der EU Bürger*innen entspricht. Mehr als 4000 Menschen, darunter allein 2692 aus Deutschland, nutzten die Onlineplattform. Laut Auswertung der Kommission sprachen sich die Bürger*innen durchweg gegen das Rüstungsprogramm EDIDP aus und stellten die Förderung von Rüstungsunternehmen als Beitrag zu einer friedlichen Welt generell in Frage. Sabines Frage, wie die Kommission die Kritik der Bürger*innen berücksichtigen wird, bleibt zum jetzigen Zeitpunkt noch unbeantwortet.



► Pia Zimmermann besucht den Ortsverband Göttingen

„**Gesundheit ist keine Ware – Gute Pflege und Gesundheitsversorgung ist möglich für alle!**“, lautete das Schwerpunktthema der Mitgliederversammlung des OV Göttingen am 24. Januar. Zu diesem Thema referierte unsere Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Pia Zimmermann, die sich im Anschluss an ihren ausgezeichneten Vortrag noch ein wenig Zeit nahm, mit den Mitgliedern eine lebhafte Diskussion zu führen.

„Millionen kranke und alte Menschen sind auf Pflege angewiesen. Sie haben ein Recht darauf, gut gepflegt und versorgt zu werden. Teilhabe am sozialen Leben muss möglich bleiben, unabhängig vom Wohnort oder von der Art der Erkrankung“, forderte Pia.

Jede und jeder soll selbst entscheiden können, von wem, wie und wo sie oder er gepflegt werden möchte, frei von finanziellem Zwang und ohne zu verarmen. Beschäftigte brauchen faire Löhne und mehr Zeit für Zuwendung.

Das bedeutet: Wir brauchen eine Pflegevollversicherung und die Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Jede und jeder zahlt in die Versicherung ein, dabei zählen alle Einkommen, auch aus Kapitalerträgen und ohne Bemessungsgrenze. So werden die Kosten und Einnahmen einer guten Versorgung gerecht verteilt. Und die Beitragssätze bleiben stabil.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, dass Gesundheit und Pflege nicht privat und am Markt ausgerichtet, sondern öffentlich organisiert sein müssen. Konzernen wie Asklepios oder Helios geht es nicht um die Gesundheit oder das Wohlergehen der Menschen, sondern darum, möglichst eine hohe Dividende an die Aktionäre auszahlen zu können. Dies waren in den letzten Jahren zweistellige Prozentbeträge, was nur auf Kosten der Angestellten und Patienten geht. So haben sich beispielsweise im Asklepios Fachklinikum für Psychiatrie und Psychotherapie (ehemaliges Landes-

Zur Person:



Pia-Beate Zimmermann

(* 17. September 1956 in Braunschweig). Sie war 2008 bis 2013 Abgeordnete des Niedersächsischen Landtags, gehört seit 2013 dem Deutschen Bundestag an und ist seit dem 4. März 2017 neben Anja Stoeck Landesvorsitzende der Linken Niedersachsen.

krankenhaus) Göttingen die Qualität der Betreuung und die Arbeitsbedingungen immer weiter verschlechtert. Viele Einrichtungen, die nicht profitabel sind, werden einfach geschlossen. Gerade auf dem Land wird die Versorgung immer schlechter. Die alten Kreiskrankenhäuser oder öffentlichen Polikliniken sind für uns auch in der heutigen Zeit notwendig.

Unser Gesundheits- und Pflegesystem soll für alle da sein, die es brauchen und nicht nur für die, die es sich leisten können.

dire/ef

Weiteres zum Thema:

Presseerklärung 8. Februar 2018 von Pia Zimmermann, MdB

► Neun Millionen Überstunden in der Altenpflege

„**Mehr als neun Millionen Überstunden in der Altenpflege in einem Jahr bei gleichzeitig sinkender Anzahl von Vollzeitbeschäftigungen sind das traurige Resultat der Großen Koalition der letzten Jahre**“, sagt Pia Zimmermann, Sprecherin für Pflegepolitik der Fraktion DIE LINKE, anlässlich einer Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Arbeitsbedingungen in der Altenpflege. Zimmermann weiter:

„Im Jahr 2015 hatten in der stationären Pflege nur knapp 29 Prozent der Pflegekräfte eine Vollbeschäftigung. Viele

Einrichtungen der Altenpflege vergeben auch heute nur Teilzeitstellen. Pflegekräfte in Teilzeitbeschäftigung können profitabler ausgebeutet werden, weil sie häufig auch in ihrer Freizeit zum Dienst verpflichtet werden. Dass dies im großen Stil passiert, belegt die ungeheure Anzahl von Überstunden, die für das Jahr 2016 angegeben wurden.

Im Dezember 2017 meldete die Bundesagentur für Arbeit 24.000 unbesetzte Stellen in der Altenpflege. Weitere 8000 Stellen werden nichts am Pflegenotstand ändern. Ein paar kleine Korrekturen an den bestehenden Gesetzen auch nicht. Die Zahlen der Bundesregierung machen

klar, dass sich in der Pflege grundsätzlich etwas verändern muss. Ob die neue Bundesregierung in Gestalt einer Wiederauflage der Großen Koalition dazu willens ist, ist allerdings die Frage.“

Aus DIE LINKE Newsletter vom 14.2.2018:

8.000 neue Arbeitsplätze in der Pflege sieht der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD vor. Das sind umgerechnet 0,6 Stellen mehr pro Pflegeeinrichtung in Deutschland, selbst deutlich weniger als der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein. Wie hat es der Journalist Heribert Prantl von der „Süddeutschen“ am letzten Sonntag formuliert: „Ein gut besetzter Nachtdienst auf der Krankenstation tut den Kranken gut und den Nachtschwestern und Nachtpflegern auch, aber er schadet der Kalkulation. Deshalb gibt es ihn nicht.“ Das muss sich ändern. Dafür steht DIE LINKE.

▶ Parteitagsdelegierte gewählt

Am 23. Januar fand das Treffen von Delegierten aus dem Kreisverbänden Göttingen und Goslar zur Wahl der beiden Bundesparteitagsdelegierten und ihrer Vertreter*innen statt. Getroffen hatte man sich auf halber Strecke zwischen Göttingen und Goslar, nämlich beim Alevitischen Kulturverein in Herzberg,

wo auch die Treffen des OV Altkreis Osterode stattfinden.

In einer guten und konstruktiven Atmosphäre wurden die Göttinger KSR-Mitglieder Katja Sonntag und Edgar Schu zu Bundesparteitagsdelegierten gewählt. Als ihre Vertreter*innen bestimmte die Versammlung die Goslarer

Hannelore Profus und Reiner Grünwald.

Die erste Tagung des 6. Parteitages wird am 8. bis 10. Juni in Leipzig stattfinden. Im Mittelpunkt des Leipziger Parteitages werden die Debatten und die Beschlussfassung über die Leitanträge des Parteivorstandes sowie die Wahl eines neuen Parteivorstandes stehen.

Antragsschluss für die Tagung ist am Donnerstag, dem 26. April 2018. Antragsschluss für Änderungsanträge zu eingereichten Anträgen ist am Donnerstag, dem 24. Mai 2018.

Informationen zum Parteitag: <https://www.die-linke.de/partei/parteistruktur/parteitag/leipziger-parteitag-2018/>

▶ Jugendschöffen gesucht

Der Jugendhilfeausschuss des Landkreises Göttingen hat für seinen Zuständigkeitsbereich in diesem Jahr die Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendhauptschöffen und Jugendhilfschöffen zur Vorlage bei den Amtsgerichten zu erstellen.

Gemäß § 35 Jugendgerichtsgesetz (JGG) werden die Schöffen der Jugendgerichte (Jugendschöffen) für die Dauer von fünf Geschäftsjahren nach § 40 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) von dem Schöffenwahlausschuss gewählt.

Der Jugendhilfeausschuss soll nach § 35 Abs. 2 JGG ebenso viele Männer wie Frauen und mindestens die doppelte Anzahl von Personen vorschlagen, die als Jugendschöffen und -hilfsschöffen benötigt werden. Die Vorgeschlagenen sollen erzieherisch befähigt und in der Jugenderziehung erfahren sein. Dies bedeutet, dass diese Arbeitserfahrungen als Pädagog*in, Erzieher*in oder Lehrer*in haben oder zumindest im Jugendbereich ehrenamtlich tätig sind.

DIE LINKE-Kreistagsfraktion ruft daher interessierte und geeignete Genoss*innen dazu auf, sich für unseren Personalvorschlag zur Verfügung zu stellen.

Ihr müsst dazu im Landkreis Göttingen, außerhalb der Stadt Göttingen wohnen und am 1.1.2019 mindestens 25 Jahre und nicht älter als 69 Jahre sein.

Bitte meldet Euch in der ersten Märzhälfte bei der Kreistagsfraktion unter 0551-5252108 oder E-Mail:

dielinke@landkreisgoettingen.de.

Presseerklärung Anja Stoeck, Vorsitzende DIE LINKE Niedersachsen vom 14.02.18

▶ Landesregierung soll für entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr aktiv werden

Die LINKE Landesvorsitzende Anja Stoeck kritisiert die zögerliche Haltung der Landesregierung zum Angebot der Bundesregierung für eine entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr und eine drastische Reduzierung des Innenstadtverkehrs, um die zunehmende Stickoxidbelastung deutlich zu reduzieren.

„Diese Verknüpfung der ökologischen mit der sozialen Frage fordern wir schon lange, so auch explizit in unserem Landtagswahlprogramm“, so Anja Stoeck. Dass die Bundesregierung hier nicht ganz freiwillig reagiere, sondern einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof entgegen wolle, mache diese Verknüpfung nicht falsch. Vielmehr sei dies eindeutig ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Hannover, Oldenburg, Osnabrück, Hildesheim und Hameln sind die fünf niedersächsischen Städte, in denen der EU-Grenzwert von 40mg Stickoxid überschritten werde. Trotzdem finde sich im Vorschlag der Bundesregierung derzeit keine einzige Stadt aus Niedersachsen.

„Ich fordere die Landesregierung auf, sich in Zusammenarbeit mit den betroffenen Städten unverzüglich mit dem Bundesumweltministerium in Verbindung zu setzen, damit auch in Niedersachsen mit einer öko-sozialen Wende im Verkehrsbereich begonnen werden kann.“

Wenn die Bundesregierung endlich ihre Blockade gegen die vom Bundesrat schon beschlossene Vermögenssteuer aufgeben würde, deren Einnahmen vollständig den Ländern und Kommunen

zugute kommen, wären auch mögliche Finanzierungshindernisse aus dem Weg geräumt,“, so die Linke Landesvorsitzende abschließend.

Gerichtsverhandlung gegen Uli Maschke

wegen angeblicher Beleidigung des Rechtsextremisten Jens Wilke:

Aufgrund angeblich beleidigender Äußerungen auf seiner eigenen Facebook-Seite wurde Ulrich Maschke von Seiten des Neonazi Jens Wilke angezeigt. Wilke war 2016 NPD-Landratskandidat und ist vor allem als Organisator von missglückten Aufmärschen und Hetzreden in Erscheinung getreten. Im November 2016 waren er und einige Gesinnungsgenossen nach einer seiner Kundgebungen an Übergriffen gegen friedliche Linke und Journalisten beteiligt, was von Uli Maschke auf seiner Facebook-Seite kommentiert worden war.

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger LinkeAchtung, neuer e-Mail-Kontakt:
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

► KITA zwischen Hauptverkehrsstraße und Umspannwerk



Wer kennt es nicht, das Gerippe des ehem. EAM-Gebäudes an der Kasseler Landstraße: Seit mehr als 10 Jahren leerstehend und seit rd. 2 Jahren als Gerippe mit danebenliegender Baugrube voller Grundwasser?

Die Spatzen pfeifen es seit einigen Jahren von den Dächern, dass es Betreiber gibt, die genau hier eine neue Kindertagesstätte eröffnen wollen. Man munkelt, dass es die AWO sein könnte, die ein solch kinderfreundliches Ambiente gewählt hat.

Es ist richtig, dass Göttingern mehr KITA-Plätze benötigt und es ist richtig, dass vor allem in Grone KITA-Plätze fehlen, da hier die geringste Belegungsfrequenz, gemessen an der Zahl der hier woh-

nenden Kinder, gibt. Aber an der Kasseler Landstraße?

Wer soll dort die Kinder hinbringen? Die Bewohner aus dem Altdorf und aus Grone-Süd haben einen recht weiten Weg. Oder eben mit dem PKW. Aber dann müssten auch großzügig Parkplätze angelegt werden, wo die Eltern vor und nach der Arbeit anhalten können, um ihre Kleinen zu bringen und abzuholen. Gleichzeitig aber liegt das Gelände in Grone-Süd, wo die „blauen Hallen“ standen (Elmweg/Rodeweg) brach. Die Antwort der Verwaltung auf eine entsprechende Anfrage der Göttinger Linke, was mit diesem Gelände passieren wird, ergab, dass die Stadt gerade abwartet, ob vielleicht die ADLER AG dort eine KITA baut. *gs*

► Bekommt die Kunst ein Quartier?

Als Stadt der Wissenschaft hat Göttingen naturgemäß nicht auch noch viele Künstler, halt eine Frage der Staatsknete. So sind wir dankbar für Auswärtige, die französische Chansonette Barbara beispielsweise. Oder auch Günter Grass. In Ermangelung eines Malers, Dichters und Romanciers ehrt die Stadt die ehemalige Wahlkampfmaschine der Sozialdemokra-



tie. So kann sein zeichnerisches Talent in einem rostigen G7 auf dem Universitätsgelände bewundert werden, ein Butt im Hof der Paulinerkirche erinnern an eines seiner Bücher, goldene Messingsteine hingegen eher indirekt an ihn und seine Kameraden von vor 1945. Die Bilder, die sich thematisch an seine letzten Gedichte anlehnten („jetzt steht er wieder“), wurden in der Zentralmensa allerdings wieder abgehängt.

Grund genug, in der Düsternen Straße ein Fachwerkhaus zum Grassoleum umzuwandeln. Verleger Steidl, vielleicht der einzige Göttinger, den wirklich etwas mit Günter Grass verbindet, organisiert den Bau, der aber wohl nicht nur jahreszeitlich bedingt, ein wenig stockt. Bauherren, gerade auch von Altbausanierungen,

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
BACK ON WIRE: www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:

Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon: 0551- 400 2347

GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr

Mi. 14:00 – 17:00 Uhr

Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)

Rolf Ralle

Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 14. März, 17.30 (!) Uhr

Stadtwerke, Hildebrandstraße 1

Thema: Quo vadis, Stadtwerke?

Anmeldung so bald wie möglich unter:
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Mittwoch, 4. April, 19 Uhr

Neues Rathaus, Raum 1118

Thema: Antifaschistische Erinnerungskultur
in Südniedersachsen

kennen die finanziellen Tücken solcher Sanierungen.

Es mehren sich die Hinweise, dass der Spaß teuer wird und etwas mehr auf den knappen Kulturetat der Stadt drücken könnte. Aber auch wenn die SPD unserer Tage bekannt dafür ist, geradezu sklavisch an einmal getroffenen Beschlüssen festhalten zu müssen, könnte oder sollte ein Umdenken erfolgen.

Denn, im Unterschied zu Stuttgart21 ist in der Düsternen Straße kein Schaden entstanden, im Gegenteil, ein baufälliges Haus wurde gesichert und ansaniert. Das bietet eine gute Basis, um dann etwas Sinnvolleres zu schaffen.

StW

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke
 im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo

März 2018



Unser Ratsantrag vom 16.02.2018, der von allen Fraktionen, außer der CDU und FDP, mitgetragen wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Generationen von Schülerinnen und Schülern der IGS Geismar aber auch aus anderen Schulen haben nun schon seit über 30 Jahren für die Menschen in der bitter armen Region von La Paz Centro gesammelt. Waren es anfangs reine Schulprojekte, setzt der Göttinger Verein seit Jahren nun vermehrt auf die Nutzung erneuerbarer Energien in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, der Trinkwasserversorgung armer Dorfgemeinden und der Klimaschutzarbeit. Aber auch durch ganz konkrete Erdbebenhilfe konnten durch Spenden an den Nicaragua-Verein initiiert, gefördert und geleistet werden. Heute nun ist schnelle Hilfe aus Göttingen sowohl von der Zivilgesellschaft als auch vom Rat der Stadt gefordert. Ende vergangenen Jahres erreichte uns die erschreckende Meldung aus La Paz Centro über die ständig steigende Anzahl insbesondere auch von jungen Menschen, die an Niereninsuffizienz erkranken. La Paz Centro nimmt nach Mitteilungen der staatlichen Gesundheitsbehörden den traurigen 2. Platz in der Todesstatistik von chronischen Niereninsuffizienz ein. Mittlerweile sind in der Region fast täglich Todesfälle zu beklagen.

Die Berichte von den vielen Patienten, die den Transport zur nächsten Dialysestation nicht bezahlen können, von fehlender Hilfe und Unterstützung durch das staatliche Gesundheitssystem, machen betroffen. Sie rütteln uns aber auch wieder einmal wach, über die ungleichen und ungerechten Lebensverhältnisse von Menschen auf dieser Welt nach zu denken und etwas dagegen zu unternehmen.

Neben der unverhältnismäßigen Armut der allermeisten Menschen in Nicaragua, trägt der exzessive und weitgehend unkontrollierte Einsatz von Pestiziden, Fungiziden und Insektiziden im Zuckerrohranbau und anderen Monokulturen zu den epidemischen Nierenerkrankungen in der Region von La Paz Centro bei.

Wir von Göttingen aus werden leider kaum die Schaffung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und ein Verbot des exzessiven Pestizideinsatzes erreichen können, was politisch gesehen an erster Stelle notwendig wäre und auf der Agenda aller demokratischen Parteien stehen müsste.

Aber wir können doch zumindest akute Nothilfe leisten. Wir können den vielen erkrankten Menschen ihre Lebensbedingungen dadurch ein wenig erleichtern, indem wir einen sog. Micro-Bus, der den kontinuierlichen Transport der Erkrankten zu den Dialysezentren gewährleistet, finanzieren. Wir meinen, dass es möglich sein muss den Betrag von 35.000 Euro aus den städtischen Haushalt aufzubringen.

Partnerschaften sind ja nicht nur als Schönwetterveranstaltungen mit gemeinsamen Kulturveranstaltungen und Feiern gedacht, sondern sie bewähren sich dann besonders wenn es darum geht einem Partner in einer konkreten Notsituation direkt und unbürokratisch zur Seite zu stehen.

Was einzelne Bürgerinnen und Bürger aus Göttingen jetzt schon kurzfristig an Spenden geleistet haben kann man nur als vorbildlich bezeichnen. Dennoch, jeder weitere Euro auch an privaten Spenden hilft vor Ort den Menschen ihre bedrückende Situation zumindest ein bisschen zu erleichtern. B

Bei aller Tragik der Situation ist es auch eine erfreuliche Tatsache, dass sich in La Paz Centro nunmehr eine Selbsthilfegruppe von Betroffenen gegründet hat, in der man sich gegenseitig stützt, informiert und versucht gemeinsam die Interessen der Erkrankten zu vertreten. Sie wird zurzeit u.a. unterstützt durch diverse Materialien z.B. zu Ernährungsfragen von medico international. Diese Selbsthilfegruppe ist unter dem Dach des Stammprojektes des Vereins „Casa de la Mujer angesiedelt und wird von der „alianza climatica“ administrativ unterstützt. Die alianza climatica ist uns als der zivilgesellschaftliche Teil der Klimapartnerschaft nicht unbekannt und war schon zu Gast hier im Rathaus. Der Göttinger Nicaragua-Verein hat bereits schriftlich zugesichert, dass keine weiteren Kosten für die Stadt entstehen. Er finanziert über seine Rücklagen das monatliche Gehalt des Chauffeurs und die Versicherung. Benzinkosten und die Wartung des Fahrzeugs werden von den Familien der Erkrankten durch eigene Aktivitäten und die Unterstützung der dortigen Bevölkerung aufgebracht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam, parteiübergreifend ein Zeichen der Solidarität setzen, indem wir die Finanzierung eines Kleinbusses zum kontinuierlichen und kostengünstigen Transport der erkrankten Menschen in die Dialysezentren zur Blutwäsche ermöglichen.

Bitte geben Sie dem Antrag Ihre Zustimmung.

Kontakt Daten

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen

Telefon: 0551- 400 2347

goeLinke-

Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:

Mo: 9:00 – 12:30 Uhr

Mi: 14:00 – 17:00 Uhr

Do: 13:00 – 17:00 Uhr



Internationaler Frauentag

08. März 2018

Der Internationale Frauentag

In Europa wurde erstmals 1911 zum Internationalen Frauentag aufgerufen. Mehr als eine Million Frauen gingen damals für die Einführung des Frauenwahlrechts auf die Straße. Der 8. März erinnert an die Kämpfe um das aktive und passive Wahlrecht für Frauen, an die Forderungen nach menschlichen Arbeitsbedingungen und gleichem Lohn für gleiche Arbeit und an zahlreiche politische Forderungen zur Verwirklichung der Chancengleichheit. Auch 2018 ist es das Ziel, für die rechtliche, politische und soziale Gleichstellung von Frauen zu kämpfen. Das Frauenforum Göttingen engagiert sich seit 1994 für den Internationalen Frauentag. Auch 2018 liegt der Schwerpunkt auf der Diskussion aktueller und zukünftiger Strategien in der Gleichstellungspolitik.

Donnerstag, 08. März, 18 Uhr

Internationaler Frauentag 2018 – 100 Jahre Frauenwahlrecht – Wofür gestritten wurde und worüber wir heute streiten

Dazu informieren und diskutieren:

Christine Müller, Frauenforum Göttingen
Dr. Karin Gille-Linne, Historikerin, VHS Göttingen Osterode

Hilke Altona, Niedersächsische Landesvertretung EU Brüssel
Helmi Behbehani, Bürgermeisterin Stadt Göttingen
Maria Gerl-Plein, stv. Landrätin Landkreis Göttingen
Dr. Stefanie Killingger, Präsidentin Verwaltungsgericht Göttingen
Birgitt Witter-Wirsam, Vizepräsidentin IHK Hannover
Dr. Gülşan Yalçın, Integrationsrat Göttingen

Moderation: Bettina Sangerhausen, Journalistin HNA

Veranstalterinnen: Frauenforum Göttingen
Ort: Holbornsches Haus, Rote Straße 34, 37073 Göttingen

Im FRAUENFORUM GÖTTINGEN arbeiten mit:

- ◊ Anadolisches Kulturzentrum Göttingen e.V.
- ◊ Arbeitskreis „Frauen und Erwerbstätigkeit“
- ◊ Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
- ◊ Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt der Agentur für Arbeit Göttingen
- ◊ Bündnis 90/Die Grünen
- ◊ Büro für Gleichstellung der Geschlechter Gemeinde Friedland
- ◊ BPW-Business and Professional Women Germany Club Göttingen e.V.
- ◊ DGB Region Südniedersachsen-Harz
- ◊ Evangelische Frauenarbeit im Sprengel Hildesheim Göttingen
- ◊ Frauenbüro Stadt Göttingen
- ◊ Frauengesundheitszentrum e.V.
- ◊ Frauenhaus Göttingen e.V.
- ◊ Frauen-Notruf e.V.
- ◊ Frauenunion - Stadtverband Göttingen
- ◊ Frauen-Zimmer e.V.
- ◊ Gleichstellungsbüro Gemeinde Rosdorf
- ◊ Gleichstellungsbeauftragte der Universität Göttingen
- ◊ Gleichstellungsstelle Landkreis Göttingen
- ◊ Integrationsrat Göttingen
- ◊ Kore e.V.
- ◊ Pro Familia e.V.
- ◊ Terre des Femmes - Hochschulgruppe
- ◊ Therapeutische Frauenberatung e.V.
- ◊ ver.di Südniedersachsen
- ◊ VHS Göttingen-Osterode

Kontakt und Informationen:

Frauenbüro der Stadt Göttingen
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
0551/400-3305
frauenbuero@goettingen.de
www.frauenbuero.goettingen.de

Programm:

Freitag, 09. März, 20:00 Uhr

Malala - Mädchen mit Buch

Theaterstück, anschließend Diskussion

Malala Yousafzai ist vermutlich die jüngste Menschenrechtsaktivistin, ganz sicher aber die jüngste Friedensnobelpreisträgerin. Der Text des britischen Autors Nick Wood ist eine Spurensuche und Erkundung.

Veranstalterinnen: ver.di Ortsfrauenrat, DGB-Frauen Kreisverband Göttingen

Ort: DT Keller im Deutschen Theater, Theaterplatz 11, 37073 Göttingen
Einlass ab 19:00 Uhr

Eintritt für Gewerkschaftsmitglieder kostenfrei. Anmeldung bitte an: martina.hradsky@verdi.de oder goettingen@dgb.de

Samstag, 10. März, 11:00 Uhr

Lernet wählen!

100 Jahre Frauenwahlrecht - 100 Jahre streiten

Stadtrundgang

Selbstbestimmt und frei – so wollen viele Menschen leben. Ob und wie das für Frauen erreichbar ist, dazu gab und gibt es viele Ideen. Dr. Karin Gille-Linne, Historikerin, VHS Göttingen Osterode und Alice Pfaffenrot, M.A. Kulturwissenschaft und Geschlechterforschung, werfen auf diesem anderthalbstündigen Stadtrundgang Schlaglichter auf die letzten 100 Jahre Frauengeschichte:

Wofür wurde in Göttingen gestritten? Worüber streiten wir noch heute?

Veranstalterin: Frauenbüro der Stadt Göttingen

Ort: Start an der Jakobikirche Göttingen

Samstag, 10. März, 18:30 Uhr

Toplumda LGBT' lere bakış ve LGBT' lerin talepleri

Vortrag in türkischer Sprache

Referent: Ozan Uğur (von Yeni Kadın und LGBT'i Aktivist)

Veranstalter: Anadolisches Kulturzentrum Göttingen e.V.

Ort: Haus der Kulturen, Hagenweg 2E, 37081 Göttingen

Montag, 12. März, 19:00 Uhr

Frauen in der Kommunalpolitik – gestern/heute/morgen-

Diskussion

Die Veranstaltung beschäftigt sich mit der Frage: Wie können wir uns gegenseitig unterstützen, um Gleichstellungs- und Frauenpolitik auf dem Land sichtbar zu machen und noch aktiver zu gestalten? Dabei werden wir zurückschauen, die aktuelle Situation betrachten und einen Ausblick in das „Morgen“ wagen.

Veranstalterinnen: Gleichstellungsbeauftragte der Gemeinden Friedland, Gleichen und Rosdorf

Ort: Niedernjesa, Dorfgemeinschaftshaus, Fahrt 4, 37133 Friedland

Dienstag, 13. März, 17:30 Uhr

Ausgereizt! Über politische Fehlanreize und notwendige Reformen der Erwerbstätigkeit von Frauen*

Referat und Diskussion

Frauen* leben länger, nur wovon? Die klaffende Rentenlücke zwischen den Geschlechtern vor Augen sagen wir Bastal zu dieser Erwerbungleichheit. Über widersprüchliche Fehlanreize der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und innovative Ansätze diskutieren Expertinnen aus Wissenschaft, Arbeitsmarktpolitik und Gewerkschaft.

Referentin: Jutta Schmitz (IAQ Duisburg)

Diskussion mit: Ina Langanke (Koordinierungsstelle Frauenförderung in der privaten Wirtschaft Göttingen), Bärbel Okatz („Perspektive Wiedereinstieg“ VHS Göttingen), Agnieszka Zimowska (DGB)

Veranstalterinnen: ver.di Ortsfrauenrat Göttingen,

DGB-Frauen Göttingen, Bildungswerk ver.di

Ort: Ver.di-Saal, 2.Stock, Groner-Tor-Str.32, 37073 Göttingen

Dienstag, 20. März, 18:00 Uhr

Entgelttransparenzgesetz und eg-check

Vortrag und Diskussion

Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern ist Thema des Abends.

Die Referentin stellt das Entgelttransparenzgesetz und mit dem

„eg-check“ ein Instrument vor, mit dem Unternehmen

Gleichbehandlungsstandards überprüfen können.

Referentin: Dr. Andrea Jochmann-Döll (GEFA Forschung + Beratung)

Veranstalterinnen: Business and Professional Women (BPW) Germany - Club Göttingen e.V., Koordinierungsstelle Frauenförderung in der privaten Wirtschaft, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt und des Landkreises Göttingen

Ort: Volkshochschule Göttingen, Raum 003/004

ausführliche Informationen: www.bpw-goettingen.de

Donnerstag, 15. März, 17:00 - 21:00 Uhr

Weiblicher Genitalverstümmelung begegnen: Präventionsmaßnahmen und Unterstützung von Betroffenen und Gefährdeten

Workshop

Der Workshop thematisiert, was unter weiblicher Genitalverstümmelung zu verstehen ist, wo sie verbreitet ist, welche Folgen sie hat und welche Altersgruppen am häufigsten betroffen sind. Außerdem werden die verschiedenen Begründungsmuster, die Rechtslage in Deutschland, Unterstützungsmöglichkeiten und Hinweise zum Erkennen von Gefährdungen für mögliche Interventionen behandelt.

Referentin: Dr. Idah Nabaterega, Terre des Femmes e.V.

Veranstalterin: Gleichstellungsstelle und Integrationsbüro des

Landkreises Göttingen

Ort: Jugendgästehaus Harz, Scheerenberger Straße 34,

37520 Osterode am Harz
Anmeldung: kummer@landkreisoettingen.de

Freitag, 16. März, 18:00 Uhr

Sigrid Kluth „Mein Weg der Befreiung“

Autorinnenlesung mit Wein und Brot

Sigrid Kluth, geboren 1937 in Hann. Münden, Lehrerin, engagiert in der Friedens-, Umwelt- und Frauenbewegung, Mitbegründerin des Ortsverbands Dransfeld der Grünen, kommunalpolitisch aktiv im Landkreis Göttingen.

„Mein Weg der Befreiung“ ist das zweite biografische Buch der Autorin. Mit fünf Brüdern wuchs sie in liebevoller, kulturell anregender, aber weltanschaulich fest gefügter Atmosphäre auf. Aus den hierarchischen Strukturen konnte sie sich erst in den achtziger Jahren befreien.

Referentin: Sigrid Kluth

Veranstalterinnen: Gleichstellungsbeauftragte des

Landkreises Göttingen und der Samtgemeinde Dransfeld

Ort: Evangelischer Gemeindefaal, Kirchstraße 1, 37127 Dransfeld